

# BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL  
BAS**



**MAHMUT  
ÖZDEMİR**

*NEWSLETTER DER  
DUISBURGER  
BUNDESTAGSABGEORDNETEN*

*FÜR DUISBURG IN BERLIN.*

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.: MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)

[www.oezdemir-fuer-duisburg.de](http://www.oezdemir-fuer-duisburg.de)



**Liebe Leserinnen und Leser,**

am vergangenen Freitag ist die letzte Sitzungswoche des Bundestages im Jahre 2014 zu Ende gegangen. Es hat sich politisch noch einmal viel bewegt. Darüber möchten wir in der letzten BERLIN AKTUELL des Jahres informieren.

So debattierte das Parlament letzte Woche über das von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker angekündigte Investitionspaket in Höhe von 300 Mrd. Euro zur Bekämpfung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen Europas. Ein halbes Jahrzehnt nach der Finanzkrise ist zwar wieder ein Stück weit der Alltag in das europäische Finanzsystem zurückgekehrt. Allerdings haben sich die betroffenen Krisenländer und deren Bevölkerung mitnichten vollständig erholt. Deshalb fordern wir von der SPD einen gemeinsamen Aufbruch in Europa und ein eindeutiges Ja für mehr Wachstumsimpulse.

2

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren die Stärkung der regionalen Wirtschaftspolitik und die Neue Allianz für Aus- und Weiterbildung, die den auslaufenden Nationalen Pakt für Ausbildungs- und Fachkräftenachwuchs ablösen wird. Zudem hat unser langjähriger Abgeordnetenkollege Jakob Maria Mierscheid eine ganz besondere Ehrung erhalten: Aufgrund seiner Verdienste wurde die Brücke zwischen dem Paul-Löbe-Haus und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus im Regierungsviertel nach ihm benannt.

Wir wünschen frohe und besinnliche Festtage mit der Familie und den Liebsten und einen guten Start in das neue Jahr. Wir freuen uns darauf, 2015 noch mehr Initiativen für ein besseres Miteinander zu setzen – angefangen schon am 1. Januar, an dem der gesetzliche Mindestlohn in Kraft tritt. Die SPD regiert – das Land kommt voran!

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



## Inhaltsverzeichnis

<b>EU-RAT</b> Einen gemeinsamen Aufbruch in Europa wagen	3
<b>WIRTSCHAFT</b> Regionale Wirtschaftspolitik fördern	5
<b>BILDUNG</b> Neue Allianz für Aus- und Weiterbildung	7
<b>PARLAMENT</b> Mierscheid wird Namensgeber eines Stegs im Regierungsviertel	9

## TOP-THEMA

### EUROPA

3

## Einen gemeinsamen Aufbruch in Europa wagen

Im Jahr 2014 ist es ruhig geworden um die Krise in Europa. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern der EU hoch, in vielen Ländern schwächelt die Wirtschaft deutlich. Der neue EU-Kommissionspräsident Juncker hat deshalb eine Investitionsinitiative von rund 300 Milliarden Euro angekündigt. Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB), EU-Garantien sowie weitere Beiträge sollen mithilfe privater und öffentlicher Investitionen auf diese Summe gebracht werden. Dafür soll der Europäische Fonds für strategische Investitionen EFSI gegründet werden mit einem Grundstock von 21 Milliarden Euro. Per so genannter Hebelung (Garantien etc.) soll die Summe auf eben diese 300 Milliarden Euro für 2015 bis 2017 erhöht werden.

Am Donnerstagmorgen fand anlässlich des bevorstehenden Zusammenkommens des Europäischen Rates in Brüssel eine Debatte mit einer Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Darin wies der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann auf die grundsätzliche Bedeutung Europas hin: „Die Europäische Union ist die Antwort auf ein Jahrhundert der Kriege zwischen den Nationen“. Seit Jahrzehnten sei „die EU die Friedensmacht in Europa“. Der Konflikt um die Ukraine und Russland zeige eindrücklich die Bedeutung Europas. Frieden komme nicht von selbst. Und deshalb, so fordert Thomas



Oppermann: „Lassen Sie uns durch Taten einen gemeinsamen Aufbruch in Europa wagen“. So lasse sich Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit etwas entgegensetzen.

### **Mehr Wachstum in Europa**

Er blieb beim Stichwort Aufbruch und forderte einen solchen vor allem „im Kampf um Wohlstand und Wachstum in Europa“. Der Rat solle hier eine nachhaltige Strategie erstellen. Solide Finanzen seien Voraussetzung für eine nachhaltige Politik, aber: „Durch Sparen allein gelingt keine Wende zu mehr Wachstum“. Er verwies auf die Zinspolitik der EZB, die Sparer belaste und noch kein Wachstum erzeuge.

Nicht zuletzt deshalb sei das Investitionspaket von der EU-Kommission „ein ganz wichtiger Beitrag, um die in einigen Ländern notwendigen Reformen zu unterstützen“. Auch in Deutschland müsse wieder mehr investiert werden.

Ihn ärgert, dass offenbar immer noch viele Länder in Europa ein unfaires Geschäftsmodell mit Steuererleichterungen für internationale Konzerne betreiben. Oppermann: „Es kann nicht sein, dass die einfachen Leute extreme Einbußen tragen und die Reichen geschont werden“. Ebenso könne es nicht sein, dass die ehrlichen Mittelständler ihre Steuern zahlen, während die großen Konzerne ihre Gewinne dort versteuern, wo sie Sonderkonditionen kriegen. „Das muss die EU-Kommission jetzt vordringlich angehen“, bekräftigte Oppermann.

### **Alle Länder müssen Flüchtlinge aufnehmen**

Die Flüchtlingspolitik war ein großer Themenbereich seiner Rede. Denn was in Europa im Umgang mit Flüchtlingen geschieht, sei kein Ruhmesblatt. Deshalb stellt der Fraktionschef klar: „Europa darf nicht wegschauen, wenn Menschen vor Krieg und Terror flüchten“. Alle EU-Länder müssten sich nach einem fairen Schlüssel an der Aufnahme beteiligen.

Und denjenigen, die in Dresden und anderswo demonstrieren, müsse man erklären, „dass wir eine humanitäre Verpflichtung haben gegenüber Menschen, die mit knapper Not ihr Leben und das Leben ihrer Kinder gerettet haben.“ Zudem habe Deutschland wie kaum ein anderes Land auf der Welt ein ökonomisches Interesse an Einwanderung. Oppermann postuliert: „Ohne qualifizierte Einwanderer laufen wir in ein wirtschaftliches Desaster.“



Deshalb sei es Aufgabe der gesamten Bundesregierung und des gesamten Deutschen Bundestages, die Rahmenbedingungen für eine Willkommenskultur zu schaffen.

Um den Menschen ihre Ängste zu nehmen, müssten die Politikerinnen und Politiker argumentieren, differenzieren, informieren, aufklären. Oppermann mahnt, man dürfe nicht zulassen, dass die sogenannte Pegida-Bewegung das Feindbild des Islamischen Staates auf die Flüchtlinge überträgt. Die Drahtzieher von Pegida gelte es zu bekämpfen, die die Ängste von Menschen schüren wollen; mit den Mitläufern aber müsse man reden. Denn mit Rechtsextremen zu demonstrieren sei „ein Problem“.

Thomas Oppermann forderte in seiner Rede, insbesondere diejenigen sichtbar zu machen, die sich für die Flüchtlinge engagieren. Darum dankte er der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, dass sie an diesem Donnerstag, dem Internationalen Tag der Migranten, Menschen aus dem ganzen Land zur Anerkennung für ihr Engagement ins Auswärtige Amt eingeladen hat.

Für Oppermann steht außer Frage: „Nicht wer am lautesten schreit, ist im Recht, sondern diejenigen, die helfen, mit anpacken, solidarisch sind. Das ist die demokratische Mitte unserer Gesellschaft.“

SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer machte darauf aufmerksam, dass in diesem Jahr erstmals das EU-Parlament einen EU-Kommissionspräsidenten gewählt hat. Das sei ein großer demokratischer Erfolg. Ebenso ein Erfolg für Europa sei, dass alle Mitgliedstaaten sich einig seien, dass es zu keiner militärischen Lösung im Ukraine-Konflikt kommen dürfe.

## **WIRTSCHAFT**

### **Regionale Wirtschaftspolitik fördern**

Die regionale Wirtschaftspolitik hat zum Ziel, Wachstumspotenziale durch gemeinsame Maßnahmen von Bund und Ländern in strukturschwachen Regionen zu fördern. Das sorgt nicht zuletzt für mehr Beschäftigung.



Ein von den Koalitionsfraktionen am Freitag ins Parlament eingebrachter Antrag (Drucksache 18/3404) verdeutlicht, wie wichtig regionale Wirtschaftsförderung nach wie vor für Deutschland ist. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist das zentrale und bewährte Instrument der deutschen Regionalförderung. Ihr grundgesetzlich verankertes Ziel ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet, insbesondere in Regionen, die den Strukturwandel nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

Jetzt werden durch die Umsetzung des Koalitionsvertrages Standortnachteile in besonders strukturschwachen Regionen in Ost- und Westdeutschland durch die Förderung gezielter gewerblicher Investitionen und der wirtschaftsnahen Infrastruktur gemindert. Lag der Schwerpunkt der regionalen Wirtschaftsförderung zu Beginn auf den strukturschwachen Regionen in Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland, so wurde die GRW nach und nach bedeutender für das Wirtschaftswachstum und den Abbau von Ungleichheiten im Ruhrgebiet, den Grenzregionen der Bundesrepublik und den neuen Bundesländern.

6

Die Wirtschaftskraft je Einwohner liegt in allen deutschen Regionen deutlich über 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Diese Entwicklung hat zur Konsequenz, dass von 2014 an eine geringere Zuteilung von Mitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für Deutschland erfolgt und damit der in der Vorperiode den neuen Bundesländern zugutekommende Höchstförderstatus verloren geht.

Darüber hinaus schränkt der Wegfall der Investitionszulage zu Beginn dieses Jahres den innerdeutschen, regionalpolitischen Handlungsspielraum spürbar ein. Trotz der ausgesprochen positiven Entwicklung in Deutschland im europäischen Vergleich besteht weiterhin ein großer politischer Handlungsbedarf zur Förderung der regionalen Wirtschaft innerhalb des Bundesgebietes.

### **Strukturbrüche innerhalb der Regionen**

Auch wenn die regionalpolitische Förderkulisse bis 2020 gesichert ist, müssen bereits heute die Weichen für die künftige Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftsförderung gestellt werden. Vor dem Hintergrund der Zukunftsdebatte zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen sowie des Auslaufens ostspezifischer Förderinstrumente gilt es, ein gesamtdeutsches System



der regionalen Wirtschaftsförderung mit der Ausrichtung auf Investition und Wachstum zwischen Bund und Ländern zu erarbeiten – wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Insgesamt ist zu beobachten, dass es, trotz der insgesamt positiven Entwicklung, weiterhin strukturschwache Regionen in Deutschland gibt. Auffällig dabei: Die Strukturbrüche und Disparitäten haben nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Regionen zugenommen. Insbesondere der demographische Wandel ist ursächlich dafür. Darüber hinaus sind beispielsweise die Arbeitsmarktlage oder die Verfügbarkeit von Fachkräften Indikatoren, die sich zwischen strukturschwächeren ländlichen, teilweise altindustriellen Regionen und strukturstärkeren Regionen auseinander entwickeln. Vor diesem Hintergrund verfolgt die SPD-Bundestagsfraktion einen integrierten, verschiedene Politikfelder umfassenden Lösungsansatz.

Die Bundesregierung soll auch künftig darauf achten, dass das gesamtdeutsche System der regionalen Wirtschaftsförderung und die bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt sind, um beispielsweise eine optimale Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu gewährleisten.

7

## **BILDUNG**

### **Neue Allianz für Aus- und Weiterbildung**

Eine neue Allianz für Aus- und Weiterbildung löst den zum Ende des Jahres 2014 auslaufenden Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs ab. Sie sei „ein starkes Bekenntnis zur Berufsbildung“ und leite die notwendigen Schritte zur Umsetzung der von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten Ausbildungsgarantie ein, sagen Willi Brase und Rainer Spiering, beide Berichterstatter für Berufliche Bildung der SPD-Bundestagsfraktion. Für die SPD-Fraktion ist es ein großer Erfolg im Sinne der Jugendlichen, dass Wirtschaft, Länder, Bund und die Gewerkschaften als neuer Partner hinter der Allianz stehen und gemeinsam die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verbessern wollen.

Die Partner werden künftig gemeinsam daran arbeiten, sowohl mehr leistungsstarke Jugendliche für die berufliche Bildung zu gewinnen als auch mehr Jugendlichen mit schlechteren Startchancen, jungen Menschen mit migrationsbedingten Problemlagen sowie Menschen mit Behinderung eine betriebliche Berufsausbildung zu ermöglichen.



### **Zusätzliche Ausbildungsplätze, Einstiegsqualifizierungen und Praktika**

Nachdem die Zahl der Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren kontinuierlich sank, haben sich die Wirtschaftsvertreter der Allianz für 2015 verpflichtet, 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Fraktion schätzt dieses dringend nötige Engagement der Wirtschaft.

Zusätzlich wurde vereinbart, dass die bisherigen Probleme beim Übergang von der Schule in Ausbildung durch ein ganzheitliches Konzept der Berufsorientierung minimiert werden sollen. So wurde beispielsweise vereinbart, jährlich 20.000 Einstiegsqualifizierungen zu schaffen, um Jugendlichen mit Startschwierigkeiten durch praktische und betriebliche Orientierung eine erfolgreiche Brücke in die Ausbildung zu bauen.

In diesem Zusammenhang soll es, beginnend mit dem Ausbildungsjahr 2015/2016, sogenannte „assistierte Ausbildungen“ geben. Jugendliche, die bislang keine Chance auf eine betriebliche Ausbildung hatten, würden fortan als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft am ersten Arbeitsmarkt teilhaben können, lobte Katja Mast, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Modellversuche, unter anderem in Baden-Württemberg, haben gezeigt: Mit der assistierten Ausbildung werden Risiken minimiert, dass Jugendliche in der Ausbildungszeit das Handtuch werfen“, so Mast. Zudem erhalten „Ausbildungsbetriebe Unterstützung, indem sie bei der Umsetzung des Konzepts beraten werden“. Das geht Hand in Hand mit den zusätzlichen 500.000 Praktika, die die Wirtschaft jährlich für die Berufsorientierung zur Verfügung stellen wird. Wirtschaft, Gewerkschaften und Länder werden dafür gemeinsame Qualitätsstandards erarbeiten.

8

### **Allianz schafft Grundlage für Umsetzung des Koalitionsvertrages**

Für SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil und den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Ernst-Dieter Rossmann ist diese „breiter und substanzieller aufgestellte“ Allianz eine hervorragende Grundlage, um die drei sozialdemokratischen Kernziele für die berufliche Ausbildung im Koalitionsvertrag mit Leben zu erfüllen: Kein ausbildungswilliger junger Mensch bleibe künftig ohne einen individuellen „Pfad“ zu einer vollqualifizierenden Ausbildung (Ausbildungsplatzgarantie). Die Wirtschaft weite erstmals seit Jahren ihr Engagement in der betrieblichen Ausbildung wieder nachprüfbar aus. Und die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt werden nun von Bund, Ländern und bei den Sozialpartnern in einem übergreifenden Konzept und gemeinsam angegangen.



## PARLAMENT

### Mierscheid wird Namensgeber eines Stegs im Regierungsviertel

Er ist so viel unterwegs, dass ihn kaum jemand je zu Gesicht bekommt. Der SPD-Parlamentarier Jakob-Maria Mierscheid wird Namensgeber der Brücke zwischen dem Paul-Löbe- und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestags.

Es stürmt und ist zugig am vergangenen Montag, doch Katharina Barley, Justiziarin der Fraktion, ist bestens gelaunt. Sie hebt das große, silbern schimmernde Schild auf und hält es an das Geländer der oberen Brücke zwischen Jakob-Kaiser-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Die beiden Parlamentsgebäude werden über zwei Stege über der Spree miteinander verbunden. Thomas Oppermann greift zur Bohrmaschine und befestigt das Schild an der Brüstung. Applaus der Gäste brandet auf. Gemeinsam mit Michelle Müntefering blicken beide zufrieden auf ihr Werk: Jakob-Maria-Mierscheid-Steg prangt darauf in großen Lettern. Die sogenannte höhere Beamtenlaufbahn heißt ab sofort Mierscheid-Steg. Damit soll der langjährige Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion für seine Verdienste geehrt werden. Doch wo steckt der Namensgeber?

SPD-Fraktionschef Oppermann macht es spannend: „Jakob Mierscheid ist nicht nur einer der treuesten Abgeordneten der SPD-Fraktion, sondern auch einer der fleißigsten, immer ist er unterwegs.“ Oppermann räumt ein: „Ich habe ihn selbst noch nie gesehen, seit ich Ämter in der Fraktion habe.“ Deshalb sei es auch an diesem Montagmittag typisch, dass Mierscheid nicht persönlich da sei – obwohl er doch heute geehrt wird.

Oppermann schmunzelt: „Gäbe es Jakob Mierscheid nicht, müsste man ihn erfinden.“

Da ergreift seine Fraktionskollegin Katharina Barley das Wort: „Ich komme ja aus dem Wahlkreis von Jakob, und er hat mir heute früh eine SMS geschickt, dass die Hunsrück-Bahn streikt, und er deshalb nicht kommen könne.“

Jakob-Maria Mierscheid wird als feste Größe wohl auch weiterhin ein politisches Phänomen - und Phantom bleiben.